

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 88 846-48 ppbn d

## Inhalt

Helmut Rothemund, bayerischer SPD-Vorsitzender, würdigt Wilhelm Hoegner

Seite 1/2

Olaf Schwencke MdB zieht ein Resümee seines DDR-Besuches

Seite 3/4

Erich Wolfram MdB fordert die Bundesregierung auf, im EG-Ministerrat für eine Kohle-Import-Begrenzung einzutreten

Seite 5

Fritz Sänger nimmt Stellung zur Südafrika-Haltung des BDI

Seite 6

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Kölner Straße 108-112,  
5300 Bonn-Bad Godesberg  
Telefon: (0 22 21) 37 85 11

32. Jahrgang / 183

23. September 1977

Patriot, Föderalist und Sozialdemokrat

Zum 90. Geburtstag von Dr. Wilhelm Hoegner

Von Dr. Helmut Rothemund  
Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD in Bayern

Bereits sieben Jahrzehnte ist Dr. Wilhelm Hoegner mit der sozialdemokratischen Partei verbunden. Am 6. Juli 1907 hat er in einem Brief Georg von Vollmar gebeten, es ihm zu ermöglichen, seine Kräfte in den Dienst der Sozialdemokratie zu stellen. Er wisse, so schrieb der junge Hoegner damals, daß er einen dornenvollen Weg gehen werde, "vom eklen Nattergezücht begeistert und verleumdet", aber er kenne nur eine Aufgabe, die jeder edle Mensch zu erfüllen habe, für das wirkliche Wohl der notleidenden Mitbürger einzutreten. Georg von Vollmar blieb für Wilhelm Hoegner zeitlebens das große politische und menschliche Vorbild. Mit Vollmar verbindet ihn die starke Liebe zur bayerischen Heimat, der Widerwille gegen dogmatisches Denken und Handeln und die Ablehnung eines zentralistischen Einheitsstaates. Wie Vollmar ist Hoegner Föderalist aus einer demokratischen Grundüberzeugung heraus. Das Zentralisieren über das notwendige Maß hinaus betrachtete er stets als freiheitsbedrohend.

Hoegner begann seine aktive Mitarbeit in der sozialdemokratischen Partei im Jahre 1919. Nach dem Ausscheiden Vollmars ein Jahr zuvor, schien es so, als ob bei den bayerischen Sozialdemokraten die föderalistische Grundüberzeugung mehr und mehr in Vergessenheit geraten würde. Dieses Bild trägt jedoch, denn die Partei hatte es nun mit Gefahren zu tun, die nicht so sehr von einer zentralistischen Regierungsmacht ausgingen, sondern innerhalb Bayerns entstanden. Wilhelm Hoegner beschreibt sie in seinem Buch "Die verräterische Republik". Die reichs- und republikfeindliche Haltung Bayerns sei von zwei Quellen genährt worden: von monarchistischen Bestrebungen mit Absichten, die bis zur Trennung Bayerns vom Reich gingen, und von einem kräftigen Ableger der norddeut-

schen, zumeist militaristischen schwarz-weiß-roten Reaktion.

Diese Atmosphäre war der geeignete Nährboden für das Aufkommen der Hitlerpartei, die dann, als sie schließlich den demokratischen Staat besiegt hatte, auch die Eigenstaatlichkeit Bayerns beseitigte. Hoegner erkannte die heraufziehende Gefahr rechtzeitig; er wurde bald der geistige und politische Wortführer in der großen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Im April 1924 wurde er in den bayerischen Landtag gewählt. Auf seinen Vorschlag beantragte die sozialdemokratische Landtagsfraktion einen Untersuchungsausschuß, der die Hintergründe des Hitlerputsches im Jahre 1923 aufhellen sollte. Als Mitberichterstatter dieses Ausschusses sorgte Hoegner dann dafür, daß die Untersuchungen nicht im Sande verliefen. Im Reichstag, in den Hoegner im Jahre 1930 gewählt wurde, setzte er seinen Kampf gegen Hitler fort. Es war ganz selbstverständlich, daß Hoegner mit der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages und auch mit der sozialdemokratischen Fraktion im bayerischen Landtag gegen die Ermächtigungsgesetze stimmte.

Die bayerischen Sozialdemokraten haben aber nicht nur unter der unmittelbaren Bedrohung ihres Lebens ein Bekenntnis zur Freiheit und Gerechtigkeit abgelegt, sie waren auch die Einzigen - nämlich 16 von einhundert Abgeordneten - die offen im Landtag gegen die Beseitigung der Eigenstaatlichkeit Bayerns protestierten. Wilhelm Hoegner hat dann als politischer Flüchtling in Österreich und später in der Schweiz seinen Kampf gegen die Barbaren fortgesetzt und gleichzeitig den Wiederaufbau eines demokratischen Deutschland vorbereitet.

Bereits wenige Wochen nach dem Kriegsende in Europa war Wilhelm Hoegner wieder in München. Nach seiner Rückkehr betrieb er die Zulassung der SPD als Landespartei. Dazu verfaßte er ein neues Parteiprogramm. Föderalistische Gliederung des Reiches, Aufbau der Demokratie von unten nach oben. Überführung der Bodenschätze, Kraftquellen usw. in Gemeinbesitz, Mitbestimmung, Vierzigstundenwoche waren einige der Forderungen in diesem Programm.

In der ersten großen Münchner Parteiversammlung im Prinzregententheater am 25. November 1945 sprach sich Hoegner dafür aus, daß die Sozialdemokratie eine Volkspartei sein sollte. Fünf Jahre später wurde dies dann für die Gesamtpartei im Dortmunder Aktionsprogramm und 1959 schließlich im Godesberger Grundsatzprogramm festgelegt. Damit hatte sich die von Vollmar verfolgte Linie in der Partei endgültig durchgesetzt.

Inzwischen hat sich mehr und mehr die Überzeugung durchgesetzt, daß echter Föderalismus nicht Trennung, sondern Zusammenarbeit bedeutet, allerdings mit Anerkennung der Eigenständigkeit der Länder. Wenn mit dem Namen Wilhelm Hoegner der Begriff eines übertriebenen Föderalismus verbunden sein sollte - das geschieht eher außerhalb Bayerns als im Lande selbst - dann liegt das einmal daran, daß in den letzten drei Jahrzehnten bei allen Bonner Regierungskoalitionen Bestrebungen vorhanden waren, die Zuständigkeiten der Länder einzuengen. Dies stieß natürlich bei überzeugten Föderalisten auf heftigen Widerstand, den Hoegner außerdem noch so zornig und plastisch auszudrücken verstand, daß entsprechende Zitate aus seinen Reden von allen Zeitungen in der gesamten Bundesrepublik aufgegriffen wurden.

Die Bekenntnisse Hoegners zur anderen Seite des Föderalismus, nämlich die der Zusammengehörigkeit, sind leider weniger bekannt geworden, obwohl sie ebenso überzeugend sind. So lauten die beiden letzten Sätze in seinem Buch "Der schwierige Außenseiter": "Ich bin aus dem einfachen Volke hervorgegangen und habe mich bemüht, meinem Volke rechtschaffen zu dienen. Wenn ich alles für Bayern tun wollte, geschah es in dem festen Glauben, auch alles für Deutschland zu tun."

In seinem Bericht vor dem bayerischen Landtag am 16. Dezember 1946 sagte Hoegner: "Vielleicht werden von meiner Regierung nur zwei Taten von längerer Dauer sein. 1/ Die demokratische Verfassung, 2/ die Sicherung des föderalistischen Aufbaues des deutschen Reiches."

Tatsächlich handelt es sich um zwei Leistungen, die allein für den Nachruhm eines Politikers ausreichen würden.

(-/23.9.1977/vo-he/ja)

## Fortschritte auf dem Wege der deutsch-deutschen Normalisierung

---

### Resümee der ersten Kommunalpolitiker-Reise in die DDR

Von Dr. Olaf Schwencke MdB

Heute morgen sind 30 Kommunalpolitiker aus Nienburg-Diepholz-Melle-Wittlage von einem fünftägigen offiziellen Informations-, Studien- und Diskussions-Besuch aus der DDR zurückgekehrt. Es hatte drei Jahre gedauert, bis es mir schließlich in enger Zusammenarbeit mit Staatssekretär Günter Gaus gelungen war, für die interessierten Kommunalpolitiker aus meinem Wahlkreis eine solche Reise - die ernstlich mit DDR-Tourismus nichts zu tun hatte und dadurch auch für die Organisatoren völlig aus dem Rahmen fiel - durchzusetzen. Die niedersächsischen Kommunalpolitiker haben sich in großer Aufgeschlossenheit fachlich und politisch durch DDR-Kommunalpolitiker, Experten und hohe SED-Funktionäre informieren lassen und in manchen offiziellen und in weniger offiziellen Diskussionen auch ihrerseits sicherlich erheblich zum Abbau unnötiger Beschwernisse in den Beziehungen beider Staaten beigetragen: Diese Reise kann zu einem Beginn der konkreten Beziehung werden und selbst ein gutes Omen für die anlaufenden BRD-DDR-Verhandlungen!

Die Kommunalpolitiker informierten sich u.a. in Rostock, Stralsund, Güstrow, Alt-Schwerin, Berlin-Ost und Seelow im Bezirk Frankfurt/Oder. Die wichtigsten, intensiver angesprochenen politischen Komplexe waren Stadtentwicklung (Rostock und Stralsund), Denkmalschutz (unter Einschluß auch des kirchlichen), Kultur- und Bildungspolitik sowie die gegenwärtige Landwirtschaftspolitik ("Agrarhistorisches Museum" in Alt-Schwerin und LPG bei Seelow). So umfangreich auch unser Besuchsprogramm erscheint, war es doch möglich, auf Grund entsprechender Vorbereitungen in einigen Fragen jedenfalls zu dem grundsätzlichen Problem vorzustoßen: dem allen hochtechnisierten Gesellschaften einerseits gemeinsamen Zivilisationsproblemen und andererseits den deutlichen gesellschafts-systemimmanenten Kontroversen.

Ein einigermaßen "ausgewogenes" politisches Resümee zu ziehen, ist schon deswegen so schwierig, weil erstens die offizielle Politik im "entwickelten Sozialismus" so sehr von dem "realen Sozialismus" auseinanderklafft und andererseits die DDR-Politik zwischen Öffnungsnotwendigkeit und strikter Abgrenzung schwer auf einen Namen zu bringen ist. Doch können drei Feststellungen getroffen werden:

1/ Während bei uns durch das Stichwort "Lebensqualität" die Frage des quantitativen

Wachstums Kommunalpolitik ganz sekundäre Bedeutung hat, bestimmen Versorgungsprobleme in der DDR noch entschieden ihre Politik: Am deutlichsten offenbar im Wohnungsneubau (Warten auf eine Wohnung für Neuverheiratete in Rostock und Berlin sieben Jahre), weshalb eine dringend notwendige Innenstadtsanierung (Modernisierung etc.) kaum stattfindet.

2/ Während bei uns Kulturpolitik aus mancherlei Gründen ernstlich überhaupt nicht geschieht - siehe etwa die immer hoffnungslosere Diskussion um die Errichtung einer deutschen nationalen Stiftung -, hat "Kultur" in der DDR einen hohen gesellschaftlichen Stellenwert: Große und wachsende Kultur-Aufwendungen einerseits, aber andererseits gegenwärtig wieder eine verstärkte Beschneidung der ästhetisch-politischen Möglichkeiten des einzelnen Kulturschaffenden.

3/ Bei aller oft massiven und ziemlich offenen Kritik am DDR-System war eine "Sehnsucht nach dem Westen" in kaum einem Gespräch spürbar: Wohl aber die starke Neigung, sich einen Einblick in die kapitalistische Gesellschaft zu verschaffen.

Wir beurteilen die Ergebnisse dieser Informationsreise im ganzen als außerordentlich positiv, nützlich und wichtig - nicht so sehr für die konkrete eigene kommunalpolitische Arbeit, wohl aber für die weitere Entwicklung einer konkreten aktiven Ostpolitik. Nach Abschluß des Grundlagen-Vertrages und des Verkehrs-Vertrages sowie dem internationalen und europäischen Ergebnis der Helsinki-Konferenz muß es zu weiteren Begegnungen dieser Art kommen. Diesen beiderseits noch mit vielen Vorurteilen gepflasterten Weg weiterzugehen, ist "im Zuge der Normalisierung der Beziehungen" (Grundlagenvertrag von 1972) nicht nur notwendig, sondern faktisch auch möglich: Es kann davon ausgegangen werden, daß auch die DDR kein Interesse daran hat, es mit diesem unserem ersten Besuch bewenden zu lassen.

(-/23.9.1977/vo-hc/ja)

+ + +

Durststrecke des Bergbaus überwinden  
-----

Im EG-Ministerrat für Kohle-Import-Begrenzung eintreten

Von Erich Wolfram MdB

Mitglied des Wirtschaftsausschusses des Bundestages

Die Lage auf dem Energiemarkt ist merkwürdig. Alle Welt spricht von einer Energielücke. Zur gleichen Zeit gibt es ein Überangebot an Energie.

Bereits die ersten Tage der zur Zeit in Istanbul stattfindenden Weltenergiekonferenz haben gezeigt, daß das Ende des Öl-Zeitalters absehbar ist. Alternative Energiequellen zu den fossilen Brennstoffen stehen nur in einem begrenzten Umfang zur Verfügung. Sonnen- und Windenergie werden auch in Zukunft nur einen bescheidenen Versorgungsbeitrag leisten können.

Die Atomenergie ist umstritten.

Es bleibt also - vor allem für unsere Region - die heimische Kohle. Die Braunkohle ist "ausgebucht". Sie erfüllt ihren maximalen Versorgungsbeitrag.

Anders bei der Steinkohle. Wir besitzen riesige, abbauwürdige Vorräte für Jahrhunderte.

Zur Zeit wird die vorhandene Förderkapazität auch nicht annähernd ausgenutzt. Kohle und Koks liegen auf Halde. Rund 30 Millionen Tonnen. Das sind riesige Mengen.

Die Gründe für die Absatzschwierigkeiten sind bekannt. Sie liegen vor allem in der konjunkturellen Entwicklung der letzten Jahre begründet. Vor allem die Stahlindustrie nimmt wesentlich weniger ab. Es wurde aber auch weniger Kohle verstromt.

In einer solchen Phase ist es ein Anachronismus, wenn die Länder der Europäischen Gemeinschaften ihre eigene Kohleförderung zurückfahren (von 250 Millionen t SKE 1973 auf 226,7 Millionen t 1976), gleichzeitig aber ihre Kohleimporte aus Drittländern enorm steigern, nämlich von 29,8 Millionen t SKE 1973 auf 45,7 Millionen t im Jahre 1977.

Das ist ein untragbarer Zustand, zumal in Zeiten einer Energielücke z.B. die Bundesrepublik gezwungen wäre, die Länder der EG zu beliefern. Nach den geltenden Bestimmungen des Montan-Vertrages könnte offiziell die Mangelage erklärt werden, und wir müßten nach uns auferlegten Quoten liefern.

Das ist ein untragbarer Zustand.

Die Bundesregierung ist deshalb aufgerufen, im EG-Ministerrat für eine Kohle-Import-Begrenzung einzutreten. Das könnte nach dem Beispiel unseres Kohlezollkontingent-Importgesetzes geschehen.

Unseren Partnerländern in der europäischen Gemeinschaft muß klar gemacht werden, daß das im gemeinsamen europäischen Interesse liegt. Denn nur so kann auch in Zukunft der deutsche Steinkohlenbergbau seinen wichtigen und zunehmenden Versorgungsbeitrag leisten.

(-/23.9.1977/ks/ja)

### Im blinden Eifer des materiellen Nutzens

---

Anmerkungen zur Südafrika-Haltung des Bundesverbandes der deutschen Industrie

Von Fritz Sänger

Der Brief des Bundesverbandes der deutschen Industrie an die Bundesregierung dokumentiert in Inhalt und Ton mehr als nur eine Stellungnahme zu einem besonderen Vorgang. Der BDI lehnt es darin ab, sich an den Kodex zu halten, der im Interesse der Humanität, der politischen Moral und der internationalen Verbundenheit zivilisierter Nationen von der deutschen Regierung und von Ländern der Europäischen Gemeinschaft über das Verhalten gegenüber der Rassenpolitik der Regierung in Südafrika vereinbart wurde.

Dieser Brief gehört bereits zu einer Reihe von Vorgängen, die immer deutlicher ein Bild entstehen lassen, das die "Union der festen Hand" in Erinnerung ruft, über die Erik Regger, dem Industriellenbund gewis unverdächtig, einmal in einem heute wieder aktuellen Buch eindrucksvoll über das Verhalten der Väter der heutigen Wirtschaftsführer berichtet hat. Wird der BDI sich wieder von einer Clique von Interessenten auf einen Weg drängen lassen, den die Vorgängerorganisation der industriellen Wirtschaft schon einmal - und auch damals nicht zum ersten Male - gegangen ist? Es geschah zum Unheil Deutschlands - allerdings nicht zum Schaden der Interessierten.

Der Bundesverband ließ durch seinen berufenen Sprecher dem Außenminister der Bundesrepublik den Rat erteilen, sich "um andere Dinge zu kümmern" und meinte, es gäbe Leute, die von dieser Sache mehr verständen als der Minister und sein Haus. Die Verhaltensweise dieses offiziellen Sprechers könnte den BDI sicher noch interessieren.

Wir wollen hier nicht Grundsatzfragen erörtern. Aber um der Sache willen möchten wir in wohlmeinender Absicht raten, daß sich die Verantwortlichen im BDI überlegen, ob es sich nicht empfiehlt, zu wissen und zu respektieren, daß es Tatsachen und verlässliche Informationen über sie gibt, von denen sie und der arrogante Sprecher wahrscheinlich nichts wissen.

Wie wäre es etwa, wenn man in Pretoria klugerweise (aus welchen Motiven auch immer) auch in Amtsstuben gar nicht so verärgert wäre, wenn die deutschen Firmen so handelten, wie der Kodex der europäischen Länder und der Bundesregierung es erwartet, und wenn man nicht darüber redete? Wie wäre es, wenn der BDI im Lande nicht aussprechbare Tatsachen und Meinungen erforschte und sich nicht nur auf offizielle Bekundungen und Informationen von Interessenten verlassen würde?

Auch eine Interessenorganisation tut gut daran, sich an Vernunft und Zweckmäßigkeit zu halten. Oder will der BDI im blinden Eifer des materiellen Nutzens eine Revolte gegen die ungeliebte Bundesregierung, gegen die europäische Solidarität, gegen allgemeines, weltweit gewolltes Menschenrecht riskieren? Es war ein Herr Knigge, der einmal (für Mozarts "Figaros Hochzeit") den Text formulierte: "Will einst das Craflein ein Tänzchen wagen, mag er's nur sagen, ich spiel' ihm auf." (-/23.9.1977/ks/ja)